



# Pressespiegel

Ausgabe: 12.05.2016



Frankfurt am Main, 11.05.2016

Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) fordert die Bundesregierung auf, eine vermeintlich vorläufige Anwendung des Freihandelsabkommens CETA zwischen der EU und Kanada im Europäischen Rat zu verhindern.

„Die Bundesregierung muss sich in Brüssel dafür stark machen, dass bei einer so weitreichenden Entscheidung wie der Anwendung des CETA-Abkommens, die Parlamente nicht außen vor bleiben. Das schließt eine sogenannte vorläufige Anwendung aus. Damit würden durch die Hintertür womöglich unumkehrbare Fakten geschaffen“, sagte der IG BAU-Bundesvorsitzende Robert Feiger. „Bei einer Entscheidung, die alle Arbeitnehmer, Verbraucher und die Umwelt betrifft, muss eine breite demokratische Legitimation selbstverständlich sein. Das ist eine Frage der politischen Glaubwürdigkeit.“

Am kommenden Freitag will der EU-Rat erörtern, ob CETA zur vorläufigen Anwendung kommt. Kritische Regelungen wie etwa der Investorenschutz mit Sondergerichten würden dann bereits Praxis, ohne die erforderliche Zustimmung der nationalen Parlamente. Multinationale US-Konzerne mit Niederlassungen in Kanada brauchen dann nicht mehr auf TTIP zu warten. Sie können den Umweg über Kanada nehmen, um ihre Interessen gegen Staaten, Länder und Kommunen in Europa durchzuklagen.

„Die IG BAU tritt für einen fairen Welthandel ein, von dem alle profitieren“, sagte Feiger. „CETA in seiner jetzigen Form dient diesem Ziel nicht. Zwischen Staaten mit jeweils hoch entwickelten Rechtssystemen wie den USA und den EU-Ländern sind Sondergerichte nicht nur unnötig, sondern schädlich. Allein die Klagedrohung von Konzernen auf Milliardensummen setzt die Gesetzgebung unter Druck und schwächt damit die Demokratie. Das kann keiner wollen.“

Lokalkompass.de

Frankfurt am Main, 11.05.2016



(Foto: IG BAU Alexander Paul Englert)

Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) begrüßt die Stärkung der Arbeitnehmerrechte durch die große Koalition. „Der von Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles durchgesetzte Kompromiss gegen Missbrauch von Werkverträgen und Leiharbeit ist ein wichtiger Schritt in Richtung faire Arbeit.“

In der Praxis hat sich nach den Deregulierungen der Vergangenheit ein Wildwuchs entwickelt, der zu Lohndumping führt und den Wettbewerb verzerrt. Die jetzt vereinbarten Regeln schieben den schlimmsten Formen der Ausbeutung endlich einen Riegel vor. Um aber den Sumpf des Missbrauchs vollständig trocken zu legen, müssen noch weitere Schritte folgen“, sagte der IG BAU-Bundesvorsitzende Robert Feiger. „Wichtig ist nun, dass dieser Kompromiss ohne weitere Verzögerung zum Gesetz wird, damit wir die Zwei-Klassen-Gesellschaft in den Betrieben überwinden. Die Regierungsparteien können jetzt beweisen, dass sie weiter handlungsfähig sind.“

Union und SPD hatten sich am Dienstagabend auf klare Regeln gegen Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen geeinigt. Vorausgegangen war ein monatelanger Streit um den vom Arbeitsministerium bereits im November vergangenen Jahres vorgelegten Gesetzentwurf. Insbesondere die CSU hatte den schon überarbeiteten Entwurf lange blockiert.

Erst im April hatten die DGB-Gewerkschaften auf einer Großkundgebung in München gegen diese Politik protestiert. Unter dem Motto „Wir lassen uns nicht spalten“ forderten rund 3000 Demonstranten die Christsozialen auf, sich nicht zum Handlanger der Wirtschaftslobbyisten zu machen. Im Koalitionsvertrag hatten die Regierungsparteien vereinbart, den Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen einzudämmen, da feste Arbeitsplätze immer öfter durch Leiharbeiter oder Beschäftigte mit Werkvertrag ersetzt werden. Diese bringen zwar die gleiche Leistung wie die Kollegen aus der Stammebelegschaft, müssen aber meist zu deutlich schlechteren Bedingungen arbeiten.

Lokalkompass.de



## Höherer Mindestlohn für Maler und Lackierer im Kreis

**KREISKLEVE (RP)** Maler im Kreis Kleve streichen mehr Geld ein: Der Gesellen-Mindestlohn in Maler-Betrieben und Lackierereien steigt in diesem Monat auf 13,10 Euro pro Stunde. Darauf weist die IG Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) hin. Maler und Lackierer haben damit ab sofort 52 Euro pro Monat mehr im Portemonnaie. Für Ungelernte erhöht sich die Lohn-Untergrenze auf 10,10 Euro in der Stunde, so die IG BAU Duisburg-Niederrhein.

Bezirkschef Friedhelm Bierkant spricht von einer wichtigen Absicherung nach unten. „Messlatte“, für die Branche sei aber weiterhin

der Tariflohn. Der liegt bei 15,59 Euro pro Stunde. „Anspruch darauf haben Gesellen, die in der Gewerkschaft sind und in einem Betrieb arbeiten, der in der Maler- und Lackierer-Innung ist“, erklärt Bierkant.

Im Kreis Kleve gibt es nach Angaben der Arbeitsagentur rund 600 Beschäftigte im Maler- und Lackierhandwerk. Darüber hinaus gilt der neue Mindestlohn auch für Leiharbeiter, die in der Branche eingesetzt sind. „Gerade sie sollten bei der nächsten Lohnabrechnung genau prüfen, ob das Lohn-Plus tatsächlich auf dem Konto ist“, rät Friedhelm Bierkant.



Maler und Lackierer bekommen ab sofort mehr Geld.

FOTO: PRIVAT